

Datenschutzerklärung zum Onlinedienst-Wohngeld und dem sich anschließenden Verwaltungsverfahren

und

allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der Datenschutz-Grundverordnung in der Bezirksverwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Nahezu alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen treten mit der Verwaltung früher oder später in Kontakt, weil sie z.B. einen Personalausweis beantragen müssen oder Kindergeld beanspruchen können. Hierbei müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden.

In einem Verwaltungsverfahren sind Daten personenbezogen, wenn sie einer natürlichen Person, einer Körperschaft (z. B. Verein, Kapitalgesellschaft), einer Personenvereinigung oder einer Vermögensmasse zugeordnet werden können. Keine personenbezogenen Daten sind anonymisierte Daten.

Wenn Verwaltungsbehörden personenbezogene Daten verarbeiten, bedeutet das, dass sie diese Daten z. B. erheben, speichern, verwenden, übermitteln, zum Abruf bereitstellen oder löschen.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

Inhaltsverzeichnis

- 1. Wer sind wir?
- 2. Wer sind Ihre Ansprechpartner?
- 3. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?
- 4. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?
- 5. Wie verarbeiten wir diese Daten?
- 6. Unter welchen Voraussetzungen dürfen wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?
- 7. Wie lange speichern wir Ihre Daten?
- 8. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?

1. Wer sind wir?

Für die Verarbeitung Ihrer Daten sind die Fachabteilungen Wohngeld in den Fachämtern Grundsicherung und Soziales in den sieben Hamburger Bezirksämtern und in der Zentralen Stelle der Sozialbehörde zuständig:

Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Grundsicherung und Soziales; Wohngeldabteilung, Caffamacherreihe 1-3, 20355 Hamburg; wohngeld@hamburg-mitte.hamburg.de

und

Bezirksamt Altona, Fachamt Grundsicherung und Soziales, Wohngeldabteilung, Alte Königstraße 29-39, 22767 Hamburg; wohngeld@altona.hamburg.de

und

Bezirksamt Eimsbüttel, Fachamt Grundsicherung und Soziales, Wohngeldabteilung, Grindelberg 62-66, 20144 Hamburg; wohngeld@eimsbuettel.hamburg.de

und

Bezirksamt Hamburg-Nord, Fachamt Grundsicherung und Soziales, Wohngeldabteilung, Kümmelstraße 7, 20249 Hamburg; wohngeld@hamburg-nord.hamburg.de

Und

Bezirksamt Wandsbek, Fachamt Grundsicherung und Soziales, Wohngeldabteilung, Wandsbeker Alle 62, 22041 Hamburg; wohngeld@wandsbek.hamburg.de

und

Bezirksamt Bergedorf, Fachamt Grundsicherung und Soziales, Wohngeldabteilung, Weidenbaumsweg 21, 21029 Hamburg; wohngeld@bergedorf.hamburg.de

und

Bezirksamt Harburg, Fachamt Grundsicherung und Soziales, Wohngeldabteilung, Harburger Rathausforum 1, 21073 Hamburg; wohngeld@harburg.hamburg.de

und

Sozialbehörde, Zentrale Wohngeldstelle, Billstraße 84 (6.OG), 20539 Hamburg; wohngeld@soziales.hamburg.de

Diese nehmen Ihren elektronischen Antrag entgegen, verarbeiten die Daten und erteilen Ihnen einen Bescheid zu der von Ihnen beantragten Leistung.

2. Wer sind Ihre Ansprechpartner?

Wenn Sie Fragen zum Stand Ihres Verfahrens haben oder Ihre Rechte als betroffene Person wahrnehmen wollen, finden Sie im Behördenfinder weitere Angaben.

Alternativ erreichen Sie Ihr zuständiges Bezirksamt auch unter der Rufnummer 040 / 115 über den Telefonischen Hamburg Service oder über die Wohngeld-Hotline unter der Rufnummer Tel. Nr. 040 428 28 6000 oder

schriftlich unter den in Nr. 1 genannten Adressen.

Fragen in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten können an die/den behDSB gerichtet werden:

Gemeinsame/r Datenschutzbeauftragte/r der Bezirksämter Bezirksamt Hamburg-Nord Kümmellstraße 5-7, 20249 Hamburg <u>dsbderbezirke@hamburg-nord.hamburg.de</u> Tel. Nr. 040 115

und

Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Sozialbehörde und des LEB Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg datenschutz@soziales.hamburg.de

Tel. Nr. 040 115

3. Zu welchem Zweck und aufgrund welcher Rechtsgrundlagen verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten um Ihren Antrag auf Wohngeld bearbeiten zu können.

Die Verarbeitung erfolgt nach den folgenden Rechtsgrundlagen: Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. e, Abs. 3 S. 1 lit. b DSGVO i.V.m. §§ 35, 68 Nr. 10 SGB I, 67 ff. SGB X i.V.m dem Wohngeldgesetz (WoGG).

Im Rahmen Ihrer Mitwirkungspflicht gemäß § 66 SGB I ist die Angabe dieser Daten erforderlich, da sonst keine Bearbeitung erfolgen kann.

4. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Wir verarbeiten die von Ihnen in dem Antrag bzw. den Anlagen genannten Daten von Ihnen sowie aller zum Haushalt gehörenden Personen:

- 1. Namen, Geschlecht, Familienstand, Geburtsdatum, Anschrift
- 2. Kontaktdaten wie E-Maildresse(n) und Telefonnummern (auf freiwilliger Basis)
- 3. Staatsangehörigkeit

- 4. Angaben zum Mietvertrag bzw. Kauf- oder Nutzungsvertrag sowie Angaben zu Mietkosten oder Belastungen
- 5. Angaben und Nachweise zu sämtlichen Einnahmen, Angaben zu Abzügen für Steuern, Kranken- und Rentenversicherungsbeiträgen
- 6. Angaben und Nachweise zu Kinderbetreuungs- und Unterhaltszahlungen
- 7. Angaben und Nachweise zu erhöhten Werbungskosten

5. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Grundsätzlich:

In den automationsgestützten Verwaltungsverfahren werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert und in weiteren Schritten den Verwaltungsverfahren zugrunde gelegt. Wir setzen dabei technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen ein, um Ihre personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung, Verlust oder Veränderung sowie gegen unbefugte Offenlegung oder unbefugten Zugang zu schützen. Unsere Sicherheitsstandards entsprechen stets den aktuellsten technologischen Entwicklungen. Ihre Daten werden im BSI-zertifizierten Rechenzentrum der Dataport AöR sicher verwaltet.

Im Serviceportal:

Mit Klick auf "Absenden" reichen Sie Ihren Antrag bei der für Sie zuständigen Wohngelddienststelle des jeweiligen Bezirksamtes oder der Sozialbehörde ein.

Danach werden Ihre eingegebenen Daten im Serviceportal gelöscht.

In der Fachabteilung im Bezirksamt oder in der Zentralen Wohngelddienststelle der Sozialbehörde werden Ihre Daten in dem elektronischen Fachverfahren DAW-IT gespeichert und zusätzlich in einer Papierakte dokumentiert.

6. Unter welchen Voraussetzungen dürfen wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?

Alle personenbezogenen Daten, die uns in einem Verwaltungsverfahren bekannt geworden sind, dürfen wir nur dann an andere Personen oder Stellen (z.B. an Krankenkassen, Rentenversicherungsträger) weitergeben, wenn Sie der Weitergabe zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

7. Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Bei diesem Online-Dienst werden Ihre Eingaben nach Einreichen Ihres Antrags gelöscht.

Für die Aufbewahrung und Löschung Ihrer Daten in der Fachabteilung gelten die bezirklichen Dienstanweisungen über die Aktenführung, Ablieferung, Vernichtung und Fristen für die Aufbewahrung des Schriftgutes der Bezirksämter.

Die Aufbewahrungsfrist beträgt gemäß der Dienstanweisung über die Anlage, Führung und Vernichtung von Akten in den Wohngelddienststellen vom 01.11.2019 nach Beendigung der Bearbeitung in Fällen, in denen kein Wohngeld gezahlt wurde, ein Jahr und in Fällen mit Wohngeldzahlungen sechs Jahre.

8. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus Artikel 15 bis 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung.

Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren und zum Verfahrensabschnitt gemacht werden.

· Recht auf Berichtigung

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

Recht auf Löschung

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

• Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Widerspruch

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet.

Recht auf Beschwerde

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir Ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen:

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Ludwig-Erhard-Straße 22, 20459 Hamburg

Tel.: (040) 4 28 54 - 40 40 E-Fax: (040) 4 279 - 11811

E-Mail: mailbox@datenschutz.hamburg.de

Allgemeine Hinweise zu diesen Rechten

In einigen Fällen können oder dürfen wir Ihrem Anliegen nicht entsprechen. Sofern dies gesetzlich zulässig ist, teilen wir Ihnen in diesem Fall immer den Grund für die Verweigerung mit.

Wir werden Ihnen aber grundsätzlich innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Anliegens antworten. Sollten wir länger als einen Monat für eine abschließende Klärung brauchen, erhalten Sie eine Zwischennachricht.